

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 02/2015

22. Jahrgang

8. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 4. März 2015

Bürgerhaushalt 2015:

Nur drei Vorschläge angenommen – LINKE stimmt für 15

Einen eigenartigen, verwirrenden Umgang pflegt die Rathauskooperation mit den Vorschlägen der Potsdamerinnen und Potsdamer im Bürgerhaushalt. 20 Vorschläge, die das Redaktionsteam des Bürgerhaushaltes (in dem auch ehrenamtlich Potsdamerinnen und Potsdamer mitwirken) aus den 815 Vorschlägen von rund 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern mit den meisten Stimmen bewertet hat, waren in die Haushaltsdiskussion 2015/2016 der Landeshauptstadt einbezogen worden und lagen auf dem Tisch der Stadtverordnetenversammlung, nachdem sie in den Ausschüssen und Fraktionen diskutiert worden waren. Und schon in deren Voten erweisen sich bereits einige Spitzfindigkeiten, die der „Normalbürger“ nur schwer durchschaut.

Neben der Annahme von gerade mal drei Bürgervorschlägen (von 20!) waren zum Beispiel insgesamt acht Verweise „in der Fassung Prüfungsauftrag“ formuliert. Der Auftrag ist mit der Prüfung erfüllt, egal wie sie ausgeht – eine gern genutzte Variante übrigens, die auch vielen Anträgen, vor allem der LINKEN, widerfährt, und die so „gekonnt“ ins Leere laufen, obwohl sie formal nicht abgelehnt wurden. Selbst bei einer positiven Prüfung wäre ein erneuter Beschluss notwendig, es auch zu tun. Der Ansatz der Prüfungsaufträge bei der LINKEN sieht anders aus: Hier steht nicht der Vorschlag auf dem Prüfstand, sondern das Wie der Um-

setzung. Besonders kurios wurde es bei drei Vorschlägen aus der Bürgerschaft, die von der Rathauskooperation als „bereits in Umsetzung“ deklariert wurden. Es kann gut sein, dass Fraktionen oder Verwaltung sich bereits auf der Linie von Bürgervorschlägen bewegen, sich das Problem bereits „im Geschäftsgang“ befindet, wie die Floskel im Politik-Verwaltungsbetrieb heißt. Dann aber gegen den Bürgervorschlag zu stimmen, ihn danach trotzdem als „bereits in Umsetzung“ zu deklarieren, zeugt von zumindest eigenartigem Umgang mit Bürgervorschlägen – es ist eine Form von Nichtachtung, die am ernsthaften Umgang mit der herausgeforderten Bürgermeinung zweifeln lässt.

Der Abstimmungswirrwarr zum Bürgerhaushalt wurde zeitweise so undurchsichtig und lächerlich, dass mehrere Stadtverordnete darauf bestanden zu registrieren, welche Fraktion wie votiert hat. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, betonte dabei, die Bürgerinnen und Bürger, hätten das Recht zu erfahren, wie mit ihren Vorschlägen umgegangen wird, welche Fraktion wie zu jedem einzelnen Vorschlag abgestimmt hat.

Für die Fraktion der LINKEN ist das Stimmenthalten relativ einfach zu dokumentieren: Die LINKEN stimmte 15 Bürgervorschlägen zu und lehnte nur einen ab, vier werden konkreter geprüft

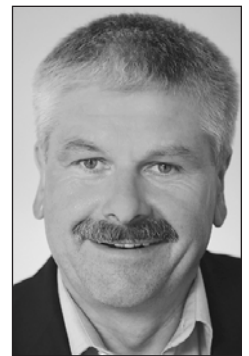


Foto: Lueder/Montage: Daenzer

Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

Potsdam hat einen beschlossenen Haushaltsplan für die Jahre 2015 und 2016. Er widerspiegelt die wichtigsten Probleme der Stadt und ist Ausdruck einer insgesamt komfortablen finanziellen Situation. Wir haben



die Kraft für konkrete Maßnahmen zum sozialen Ausgleich mit den Möglichkeiten der Stadt. Um so bedauerlicher ist es, dass erneut der Antrag der Linken abgelehnt wurde, sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern einen Anspruch auf ein kostenloses Schulesse zu geben. Die Rathauskooperation aus SPD, CDU, Grünen und Potsdamer Demokraten lehnte diesen wie alle anderen Anträge der Linksfraktion ab und stimmte in Selbstbedienungsmanier ihren eigenen Anträgen zu. Wie ein Block stand die Kooperation auch gegen andere Anträge der Linksfraktion. So folgte sie der Empfehlung des Oberbürgermeisters, die von den Linken vorgeschlagene längerfristige Nutzung des Gebäudes des Rechenzentrums in der Breiten Straße abzulehnen. Allerdings hatte der gleiche Oberbürgermeister kurz zuvor für den zumindest vorübergehenden Erhalt des Rechenzentrums geworben. Offensichtlich braucht er keine Unterstützung der Stadtverordneten. Eine ähnliche Überheblichkeit wird beim geplanten Umbau der Zeppelinstraße sichtbar, der möglichst ohne Beschluss der Stadtverordnetenversammlung eingeleitet werden soll. Wir lassen uns das nicht bieten und werden weiter den Finger in die Wunde legen.

*Ihr
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg*

(s. Seite 2)

Tariferhöhungen müssen für alle gelten

Schon seit November 2015 beschäftigt sich der Kulturausschuss mit der angespannten Finanzsituation vieler Kultureinrichtungen und freier Träger der Kultur. Sehr konkret konnten



die Auswirkungen von Kostensteigerungen bei Energie, Sachkosten und insbesondere bei Tarifsteigerungen seitens der Akteure im Kulturbereich dargestellt werden. Damit war klar, hier entsteht eine große Bugwelle, für deren Entschärfung man aus dem ohnehin schon angespannten Kulturbereich keine Mittel finden würde. Jede Kostensteigerung bei gleichbleibenden Finanzvolumen hat damit zur Folge, dass für den eigentlichen Kulturauftrag immer weniger übrig bleibt. Das galt es zu verhindern.

Wir wollen erste Schritte gehen und sind der Ansicht, die gesetzliche Pflicht zur Zahlung von Mindestlöhnen – für die wir LINKEN uns immer eingesetzt haben – muss umgesetzt werden! Das sollte aber komplett so geschehen, und die dafür notwendigen Differenzbeträge müssen an die Kulturträger zusätzlich ausgezahlt werden. Das muss für alle – nicht nur für manche – gelten!

Zu meiner eigenen Überraschung ist dieser Antrag im Kulturausschuss abgelehnt worden, als dort über den Haushalt verhandelt wurde. Schade! Für alle zusammen gibt es jetzt nach Kooperationsantrag 70.000 Euro. Ob das ausreichen wird, ist nach unserer Berechnung zu bezweifeln.

Auf der gleichen Linie liegt das irrwitzige Vorhaben der Kooperation, die bereits vom Kulturausschuss beschlossene zusätzliche Stelle für das Naturkundemuseum in den Bereich der Wirtschaftsförderung „umzuleiten“. Dazu ist unsererseits das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Dr. Karin Schröter
Stellv. Vorsitzende
der Fraktion DIE LINKE

DIE LINKE

Annahme (15)

- Kein Kauf und Abriss des Hotels „Mercure“ mit städtischen Mitteln
- Zweitwohnsitzsteuer von 15 % auf 20 % erhöhen
- Förderung Nachbarschaftshaus „Scholle 34“
- Kein Stadtgeld für Stadtkanal und Garnisonkirche
- Nowawiese nicht an die Schlösserstiftung übergeben
- Kostenlose Essensversorgung in Kitas/Schulen
- Ordnungsgelder bei Verschmutzung deutlich erhöhen
- Tierheim fördern
- Erhalt und Förderung des „Extavium“
- Mehr Sauberkeit in Potsdam (Mülleimer, Werbekampagne)
- Bessere Planung des Öffentlichen Nahverkehrs
- Neubau und Erneuerung Sportanlagen im Potsdamer Norden
- Kitagebühren senken und Beitragsordnung anpassen
- Hort- und Freizeitbetreuung für Kinder mit geistiger Behinderung
- Bessere Ausstattung, Technik und Medien an Potsdamer Schulen

Prüfung (4)

- Kostenlose Nutzung Öffentlicher Nahverkehr – Prüfung schrittweiser Einführung
- Volkspark erhalten und ausbauen und Wohnqualität erhalten – Prüfung im Zusammenhang mit Biosphäre
- Radfahren attraktiv und sicher machen – Prüfung konkreter Maßnahmen
- Ausgaben für „Barrierefreie Wege“ deutlich erhöhen – Prüfung im Zusammenhang mit dem „Teilhabeplan der LHP“

Ablehnung (1)

- Entlastungsstraße für Potsdam Nord

Rathauskooperation

- Annahme
- Annahme
- Annahme
- Ablehnung
- Ablehnung
- Ablehnung
- Prüfung
- Prüfung
- Prüfung
- Prüfung
- Prüfung
- Prüfung
- Prüfung
- Prüfung
- bereits umgesetzt
- bereits umgesetzt
- bereits umgesetzt

Ablehnung

Ablehnung

Prüfung

Prüfung

Ablehnung

Verwaltung beantwortete Fragen der LINKEN

Beratende Stimme im Stiftungsrat

Schon vor fast zwei Jahren hatte die SVV beschlossen, dass im Zusammenhang mit den der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten für die Parkpflege zur Verfügung gestellten Mitteln, die Landeshauptstadt auch einen Sitz im Stiftungsrat mit beratender Stimme anstrebt. Dr. Karin Schröter wollte erfahren, wie der Sachstand inzwischen ist.

Oberbürgermeister Jakobs erklärte, dass dieser Wunsch vom Stiftungsrat abgelehnt worden ist, da sonst eine Satzungsänderung notwendig wäre. Es sei ihm aber versichert worden, dass er einbezogen werde, wenn unmittelbare Belange der Landeshauptstadt berührt werden.

Garnisonkirche/Friedenskirche

Die für den Bau der Garnisonkirche in Aussicht gestellten 10 Millionen Euro des Bundeskulturbeauftragten, würden erst ausgezahlt, wenn die Finanzierung der Gesamtmaßnahme gesichert ist. Da dies zeitnah

nicht der Fall sein wird, wollte Dr. Karin Schröter wissen, ob diese Mittel nicht für die dringend notwendige Sanierung der Friedenskirche verwendet werden könnten.

Diese Frage müsse man an das Bundesministerium stellen, antwortete Oberbürgermeister Jakobs. Und als Mitglied des Stiftungsrates der Garnisonkirche sei er dieser Stiftung verpflichtet, sagte er auf Nachfrage.

Geh- und Radweg Maulbeerallee

Nach einer Instandsetzung des Geh- und Radweges an der Maulbeerallee zwischen Botanischem Garten und Neuem Palais erkundigte sich Ralf Jäkel. Matthias Klipp verwies auf hohen Investitionsaufwand, da der Weg „grundhaft ausgebaut“ werden müsste. Eine Finanzierungsmöglichkeit sei zur Zeit nicht absehbar.

Auf die Nachfrage, ob nicht weniger aufwändige Verbesserungen möglich seien, antwortete er: „Das wäre rausgeworfenes Geld.“

Anträge der LINKEN auf der Fortsetzungs-SVV am 11. März

Anträge der LINKEN

- Bericht zum Garagenstandortkonzept
- Verkehrsregelung Siedlung Eigenheim
- Austritt aus dem Verband Kommunaler Unternehmen
- Lärmschutz an der Nutheschneelstraße
- Sicherung Tierheimstandort Sago-Gelände

Prüfberichte zu Anträgen der LINKEN:

- Unterstützung der Bildenden Kunst durch ein Atelierprogramm
- Änderung der Verkehrsführung in der Neuendorfer Straße
- ÖPNV Babelsberg Nord

Abgelehnt

Längerfristige Nutzung des Rechenzentrums

Auf den Vorschlag der LINKEN, das Rechenzentrum vor allem für Kunst und Kultur zwischenzeitlich zu nutzen, bevor es zugunsten des Neubaus der Garnisonkirche abgerissen wird, war der Oberbürgermeister bereits eingegangen, hatte Gespräche mit Kunstvereinen geführt und Mietverträge für drei Jahre in Aussicht gestellt. Dem Anstreben längerfristiger Mietverträge, wie sie Hans-Jürgen Scharfenberg im Antrag der LINKEN vorschlug, stimmten er und die Mehrheit der SVV allerdings nicht zu, obwohl die Zwischennutzung auch 15 oder 20 Jahre dauern könnte. Dazu müsse man die Sanierungsziele für das Gebiet ändern, hatte Jakobs vorher ausgeführt.

Kleingärten Glienicker Winkel

Eine Änderung des Auslegungsbeschlusses zum Entwurf des Bebauungsplanes Glienicker Winkel sollte nach

Antrag der LINKEN bei geringfügiger Bebauung den Bestand an Kleingärten sichern, wohingegen ein SPD-Antrag die Kleingartenfläche halbiert. Der von Ralf Jäkel eingebrachte Antrag wurde abgelehnt.

Gesellschaftsvertrag Stadtwerke

Ein grundsätzlicher Austausch über die Aufgaben von Aufsichtsrat und Gesellschafter des städtischen Eigenbetriebes Stadtwerke Potsdam GmbH entspann sich bei der Debatte des Antrages der LINKEN, den Gesellschaftsvertrag so zu ändern, dass der Aufsichtsrat dem Gesellschafter zum Beispiel Personalentscheidungen empfiehlt. Es dürfe nicht wieder vorkommen, dass der Aufsichtsrat erst hinterher über bestimmte Personalentscheidungen lediglich informiert werde, begründete Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg den Antrag. Die Mehrheit allerdings wollte diese Änderung nicht im Gesellschaftsvertrag formuliert sehen, der Gesellschafter (Oberbürgermeister) sei persönlich in der Verantwortung für ökonomische und personelle Entscheidungen, der Aufsichtsrat habe nur beratenden Charakter.

Beschlossen

Schul- und Kita-Sanierungsprogramm

Gemäß dem Antrag der LINKEN soll das Sanierungsprogramm für Schulen und Kitas bis 2019 abgeschlossen sein. Zur Realisierung wollte die LINKE einen Zwischenbericht beauftragen. Dieser Antrag wurde von Werksausschuss insoweit geändert, dass der „Sanierungsstau bei Schulen und Kitas als eigenständiger Schwerpunkt der Planungen des KIS auszuweisen“ ist. Über den Stand der Abarbeitung ist jeweils zum Jahresende zu berichten. Der Antrag wurde beschlossen.

Modellprojekt Schulobst- und Gemüseprogramm

Ein Schulobst- und Gemüseprogramm soll für die Landeshauptstadt gemeinsam mit den Obst- und Gemüsebauern der Region als Modellprojekt entwickelt werden. Wie dies realisiert werden kann, darüber soll der Oberbürgermeister im November dieses Jahres berichten. Der Antrag der LINKEN wurde beschlossen.

Erhalt der Geburtshilfe Bad Belzig

In seltener Einigkeit über alle Fraktionsgrenzen hinweg beauftragten die Stadtverordneten den Oberbürgermeister, gemeinsam mit dem Klinikum Ernst von Bergmann und dem Landkreis Potsdam-Mittelmark bis zum April eine Lösung für die Weiterführung der Geburtshilfe in Bad Belzig zu finden.

Überwiesen in Ausschüsse

Kein Umbau der Zeppelinstraße zur Staufalle

Mit Anträgen zum selben Thema waren sich die Fraktionen einig, sich nicht von den Vorstellungen der Verwaltung über den Umbau der Zeppelinstraße überfahren zu lassen.

Ralf Jäkel nutzte die Gelegenheit bei der Antragsebringung der LINKEN noch einmal, auch für alternative Verkehrslösungen zu werben, um die Zeppelinstraße zu entlasten.

Nach der Zusage des Oberbürgermeisters, dass ohne die Stadtverordneten keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden, wurden die Anträge in die Ausschüsse Stadtentwicklung, Bauen, Verkehr und Klima, Ordnung, Umwelt, Landwirtschaft überwiesen.

Erledigt

Geld für Kultureinrichtungen

Als erledigt wurde der Antrag der LINKEN bewertet, nach dem die finanzielle Ausstattung der Kultureinrichtungen der Stadt und der freien Kulturträger mindestens auf dem Niveau von 2014 zu halten sind. Auch die Tarifierhöhungen sind dabei zu sichern. (s. Wortmeldung Dr. Karin Schröter, Seite 2).

Anträge der Opposition ignoriert

Einen einzigen Vorschlag der LINKEN akzeptierte die Kooperation

Wenn sie nicht vor aller Öffentlichkeit endgültig das Gesicht verlieren wollte, musste die Rathauskooperation wenigstens dem Vorschlag der LINKEN zustimmen, **die Flüchtlingsmannschaft „Welcome United 03“ mit 10.000 Euro jährlich zu unterstützen**, damit die 25 Spieler, die u.a. aus Kenia, Nigeria, Kamerun und Somalia kommen, am regulären Spielbetrieb des SV Babelsberg 03 teilnehmen können. Alle anderen Vorschläge, die die LINKE zum Doppelhaushalt 2015/2016 unterbreitet hatte, wurden von der Rathauskooperation durchweg abgelehnt.

• **Kostenloses Schulessen** für alle Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien: Von den 1.700 anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schülern nehmen bisher ca. 1.000 kostenlos an der Mittagsversorgung teil, nachdem die Eltern sich selbst als „Härtefall“ gemeldet haben. Mit einem generellen Anspruch könnten auch die anderen 700 Kinder eine warme Mahlzeit bekommen. Das würde die Stadt etwa 150.000 Euro pro Jahr kosten, angesichts des Gesamtvolumens des Haushaltes von etwa 580 Mio. Euro eine überschaubare Summe.

• **Für die Schulwegsicherung** sollen insgesamt 100.000 Euro statt der ursprünglich geplanten 50.000 Euro zur Verfügung gestellt werden.

• **Für Maßnahmen des Gebäudeunterhaltes** an Schulen und Sportstätten sollen 300.000 Euro pro Jahr zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Der Bedarf wurde 2014 mit etwa 475.000 Euro beziffert, von denen bisher nur 150.000 Euro abgearbeitet wurden.

• **Mehr Personal** für die Betreuung von Kindern in besonderen Problemlagen in Kitas, besonders in den Kitas, in denen sich die Betreuung von Migranten-, vor allem aber Flüchtlingskindern konzentriert. In den Kitas Kinderland am Schlaatz und Sternschnuppe Am Stern sollen 3,8 Personalstellen mehr zur Verfügung

gestellt werden. Kosten: 341.297,54 Euro, die zum Teil aus den vom Land zugesagten Geldern für Flüchtlingsarbeit kommen sollen.

• **Die Kultureinrichtungen** und -träger werden mit der Aufgabe, den Mindestlohn zu zahlen, allein gelassen. Die Mehrkosten von ca. 14.000 Euro müssen zusätzlich zur Verfügung gestellt werden.

• **Das Collegium musicum** soll mit 50.000 Euro pro Jahr unterstützt werden und das Kunsthaus 10.000 Euro jährlich zusätzlich bekommen.

• **Lückenschluss des Uferweges** auf dem Gelände des Wasserwerkes zwischen Speicherstadt und dem vorhandenen Uferweg nach Hermannswerder zu schaffen. Die Mittel für die Planung und Kofinanzierung müssen in den Doppelhaushalt eingestellt werden. Das sind jährlich 250.000 Euro.

• **Fertigstellung** des bereits zur BUGA 2001 geplanten Radweges zwischen den beiden Wohngebieten Am Stern und Schlaatz entlang der Heiztrasse noch in diesem Jahr.

Haushaltsbegleitende Anträge:

1. Erarbeitung eines Konzeptes, wie der besonderen Situation von Flüchtlingskindern bei Aufnahme in Schulen entsprochen werden kann.

2. Kofinanzierung der Mittel für Schulsozialarbeiter, die im Rahmen des 610-Stellen-Programms zusätzlich vom Land zugewiesen werden.

3. Die Unterstützung des Vorhabens „Scholle 34“

4. Das Auflegen eines Programmes zur Förderung von Atelierraum.

5. Um mehr Geld als bisher vorgesehen für die Sanierung von Kitas, Schulen und Sportstätten zur Verfügung zu haben, soll der Bau einer der beiden neu zu errichtenden weiterführenden Schulen im Bornstedter Feld aus dem Treuhandvermögen des Entwicklungsträgers finanziert werden.



Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107, Beginn jeweils 18 Uhr
16., 23. und 30. März; 13., 20. und 27. April 2015 (Osterferien vom 01.04. bis 11.04.2015)

9. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Stadthaus, Plenarsaal
01. April 2015, Beginn 15 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“

Nummer 3/2015

Stadthaus, Raum 3.107
17. bis 22. April 2015 (außer Sa. und So.)

Info-Stände in den Stadtteilen

17. und 18. April 2015
Mit Ausgabe des Rathausreport und Informationen zu den Ergebnissen der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 01. April 2015

Bürgersprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (MdL) und Fraktionsvorsitzender

Am 24. März 2015, von 17 bis 18 Uhr im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39, Bürgerhaus Stern*Zeichen
Vorankmeldungen sind möglich unter: Telefon: 0331-6005069 oder Mail:

buerou.scharfenberg@gmx.de

10.000 Euro für „Welcome United 03“ und „Wachstumsschmerz“ in Babelsberg



Politfrühstücken am Internationalen Frauentag – natürlich traditionell verbunden mit einem Blumengruß zu Ehren der Besucherinnen des Rathausreport Live. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, überreichte Rosen an die weiblichen Gäste und bemerkte erfreut, dass sich offensichtlich der Internationale Frauentag inzwischen auch bundesweit als Feiertag durchgesetzt habe.

Aufgrund der Haushaltsdiskussion sei die Tagesordnung bei der Stadtverordnetenversammlung am 4. März nur zur Hälfte abgearbeitet worden, sagte Hans-Jürgen Scharfenberg, die Fortsetzung folge am 11. März. Dabei habe allerdings die Rathauskooperation mit ihren untereinander ausgehandelten Vorschlägen die Anträge der Opposition fast vollständig ignoriert. Einzig dem Antrag der LINKEN, der Flüchtlingsmannschaft von Babelsberg 03 „Welcome United 03“ jährlich 10.000 Euro zur Verfügung zu stellen, konnten die Fraktionen ihre Zustimmung nicht verwehren.

„Potsdam ist schön, reich und dynamisch“, sagte Scharfenberg. Bei den höheren Einnahmen vom Land, aus den Gewerbe- und Einkommenssteuern gebe es genügend Möglichkeiten, Reserven für die von der LINKEN vorgeschlagenen Maßnahmen zu entdecken. Er verwies auf die Kosten von 530.000 Euro für die Planungswerkstatt Lustgarten und darauf, dass man „nur nebenbei“ erfahren habe, dass alle Fachbereichsleiter in der Verwaltung über Tarif eingruppiert worden sind. „Und gleichzeitig scheut man sich davor, sich zu dem Mindestlohn für Kulturträger zu bekennen.“

Scharfenberg erläuterte einige Anträge der LINKEN, die abgelehnt worden sind: Alle Voraussetzungen für den Bau des Uferweges in der Speicherstadt seien gegeben – Beschluss, Planung – aber die Finanzierung stehe aus. Er warnte davor, so lange zu warten, bis vollendete Tatsachen geschaffen sind und sich der Weg erübrigt. Der bereits für 2012 beschlossene Radweg Schlaatz – Stern sollte nun endlich nicht erst 2016, sondern schon in diesem Jahr fertiggestellt

werden. Bei einem weiteren Antrag der LINKEN ging es um das grundsätzliche Verhältnis von Politik und Verwaltung. Die LINKE wollte den Gesellschaftsvertrag des Eigenbetriebes Stadtwerke GmbH wieder auf die bisherige Regelung zurückführen, dass der Aufsichtsrat das Recht zur Empfehlung zum Beispiel von Personalentscheidungen behält. Dafür gebe es gute Gründe, meinte Scharfenberg. Der von der Transparenzkommission vorgeschlagene Mustervertrag bringe offenbar keine Transparenz, sondern das alleinige Entscheidungsrecht des Gesellschafters, eben des Oberbürgermeisters. Der Antrag war knapp mit 23:27 Stimmen abgelehnt worden.

In Babelsberg zu einem Polit-Frühstücken einzuladen, verlangt aktuell natürlich, sich mit dem ÖPNV vor allem in Babelsberg Nord zu beschäftigen. Die LINKE hatte den Geschäftsführer der Verkehrsbetriebe in Potsdam (ViP), Martin Griebner, eingeladen, der sich die konkreten Probleme der von der Umstellung auf den Winterfahrplan Betroffenen, anhören musste. Durch die Verringerung der Taktzeiten auf 40 Minuten werde Klein Glienicke regelrecht „abgeschnitten“, ungünstige Anschlüsse für Schüler an Unterrichtsbeginn und -ende, erschwerte Bedingungen für Ältere, aus der infrastrukturellen Region zum Arzt oder Einkaufen zu gelangen. Griebner bezeichnete es als „Wachstumsschmerz“, wenn man bei begrenzten Mitteln alle Aufgaben gleichrangig erfüllen soll. Er räumte eine schlechte Kommunikation mit den Betroffenen ein, „Babelsberg ist unterversorgt“. Hans-Jürgen Scharfenberg verwies auf die eindeutige Beschlusslage der SVV, nach der die Probleme „unverzüglich, bis 1. April“ ausgeräumt werden sollen.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam